

Postbank?



Von **Nationalrat Hans Kaufmann**
Wirtschaftsberater, Wettswil

Die PostFinance bemüht sich seit längerer Zeit um eine volle Banklizenz. Angesichts der Geschäfte, die diese PostFinance bereits heute betreibt und der damit verbundenen Risiken, wäre eine solche wegen des unfairen Wettbewerbs schon längst fällig gewesen.

Rekapitalisierung durch den Bund

Die PostFinance tätigt zahlreiche Bankgeschäfte, ohne dass sie deswegen bankähnliche Eigenmittelvorschriften erfüllen muss. Verglichen mit den Kundenausleihungen von 56 Mrd. Franken machen die Eigenmittel von 589 Mio. (Mitte 2008) nur magere 1,1% aus. Die Bank wäre deshalb gemäss risikogewichteter Eigenmittelregeln, wie sie für Banken gelten, ungenügend kapitalisiert, und der Bund müsste die Postbank vorerst rekapitalisieren. Wie die Grossbanken müsste sie zur Einhaltung einer Leverage Ratio von mindestens 3% verpflichtet werden, d.h., der Bund hätte ca. 1 Mrd. Franken Kapital einzuschiessen. Die knappe Eigenkapitalausstattung lässt

sich auch an der Eigenkapitalrendite von mehr als 20% ablesen.

Die PostFinance müsste der Finma unterstellt werden, und sie hätte sämtliche bankrechtlichen Vorschriften inklusive jene der Selbstregulierung zu erfüllen. Das Personal müsste nochmals auf fachliche Kompetenz und Gewährleistung einer einwandfreien Geschäftsführung überprüft werden. Ausserdem müsste eine kostspielige bankenmässige interne Organisation mit entsprechenden Kontrollmechanismen aufgebaut werden (Risikomanagement und Risikokontrolle, angemessene Erfassung von Kredit-, Markt-

und operationellen Risiken, unabhängige Compliancefunktionen etc.).

Interessenkonflikte

Für die Erteilung einer Banklizenz besteht kein Verfassungsauftrag, und vor allem existieren in der Schweiz bereits genügend Banken. Die Schaffung einer Postbank wäre mit zahlreichen Interessenkonflikten verbunden, denn der Bund wäre Regulator, Aufsichtsbehörde, Lizenzgeber und Eigner zugleich. Als staatliche Bank würde sie von einer Staatsgarantie profitieren und gegenüber den landesweiten Regionalbanken und Raiffeisenbanken privilegiert. Sie stände teilweise auch in Konkurrenz zu den Grossbanken, aber sie würde kaum in der Lage sein, im internationalen Geschäft, insbesondere im Exportkreditgeschäft und im Grosskreditgeschäft, mitzuwirken. Bei der aktuellen Kreditverknappung besteht das Problem momentan aber gerade bei der Vergabe von ungesicherten und Grosskrediten und im Exportkreditgeschäft. Bekanntlich müssen sich einige Auslandbanken aus der Schweiz zurückziehen, weil sie Staatshilfe erhielten und die Staaten nicht bereit sind, Auslandsrisiken mitzutragen. Des-

halb fallen nun einige grosse Auslandbanken, die in den letzten Jahren im Exportkreditgeschäft in der Schweiz Fuss gefasst haben, als Marktteilnehmer wieder aus. Grosse Exportaufträge finanzieren praktisch nur noch die zwei Grossbanken und die Zürcher Kantonalbank. Es wäre unklug, wenn der Bund für solche Geschäfte die Risiken übernehmen würde, denn hier dürfte die Politik Auflagen machen, wie das Verbot von Exportkrediten in unerwünschte Destinationen oder Beschränkungen auf nachhaltige oder umweltschonende Projekte. Damit besteht die Gefahr, dass die Postbank für politische Interessen missbraucht würde.

Mit der Erteilung einer Banklizenz wäre eine bessere Kreditversorgung der KMUs noch lange nicht gesichert. Auch eine Postbank müsste Kreditbonitäten festlegen und die Zinshöhe darauf ausrichten. Sie könnte auch nicht aus politischen Gründen jene Kredite vergeben, die andere Banken aus Risikoüberlegungen verweigern.

Kantonalbanken als Geschädigte

Die Kantonalbanken dürften die Hauptgeschädigten einer vom Bund garantierten Postbank sein, denn sie sind in ihrer Geschäftstätigkeit meistens auf ihr Kantonsgebiet eingeschränkt. Die PostFinance behauptet, sie benötige die Banklizenz, weil sie sonst nur im Ausland (heute mit 30 Mrd. Franken) aktiv sein dürfe. Sie könnte jedoch sehr wohl Pfandbriefe oder Anleihen von Gemeinwesen in der Schweiz erwerben und damit erstklassige Risiken einkaufen.

Dass auch eine PostFinance von Turbulenzen an den Kapitalmärkten betroffen wird, zeigen die Wertberichtigungen 2008 in Höhe von 179 Mio. Franken auf ihren Kapitalanlagen. Davon entfallen 59 Mio. auf Aktienbestände und 120 Mio. auf festverzinsliche Anlagen. Diese Verluste machen immerhin rund 30% des Eigenkapitals zur Jahresmitte 2008 aus.

www.kaufmann-research.ch •